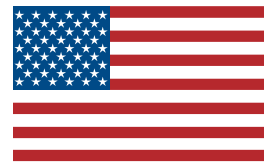


# CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der  
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 32/2017    No. 11-12



**abgeschlossen am  
10. Januar 2018**

	<u>Seite</u>
<b>1. Republikaner verabschieden große Steuerreform</b>	<b>1</b>
<b>2. Kongress verabschiedet weiteren Überbrückungshaushalt</b>	<b>4</b>
<b>3. Verteidigungsgenehmigungsgesetz für das Haushaltsjahr 2018 von Präsident Trump unterzeichnet</b>	<b>5</b>
<b>4. Geteilte Reaktionen im Kongress auf die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch Präsident Trump</b>	<b>7</b>
<b>5. Anhörungen des <i>Senate Foreign Relations Committee</i> zur Befehlskette für den Einsatz von nuklearen Waffen</b>	<b>9</b>
<b>6. Präsident Trump legt dem Kongress seine <i>National Security Strategy</i> 2017 vor</b>	<b>13</b>
<b>7. Sonderermittler Mueller richtet Fokus auf Präsident Trumps Mitarbeiter</b>	<b>15</b>
<b>8. Die <i>#MeToo</i>-Bewegung erreicht den Kongress</b>	<b>17</b>
<b>9. Demokrat Doug Jones gewinnt Senatsnachwahl in Alabama</b>	<b>18</b>



## 1. Republikaner verabschieden große Steuerreform

Senat und Repräsentantenhaus haben kurz vor Weihnachten 2017 die von Präsident Trump unterstützte Reform der Unternehmens- und Einkommensbesteuerung verabschiedet. Der Präsident unterzeichnete das Gesetz noch am 22. Dezember.

Der Senat nahm die Gesetzesvorlage nach einer langen Nachtsitzung am 20. Dezember 2017 gegen 3 Uhr morgens mit 51:48 Stimmen an. Die republikanische Fraktion stimmte geschlossen für die Annahme der Vorlage, die demokratische geschlossen dagegen. Senator John McCain (R-Arizona) konnte aus Gesundheitsgründen nicht an der Sitzung teilnehmen.

Wenige Stunden später folgte das Repräsentantenhaus, das die Gesetzesvorlage mit 224:201 Stimmen bei 7 Enthaltungen annahm. 12 Republikaner votierten mit der demokratischen Fraktion, die die Annahme der Gesetzesvorlage geschlossen ablehnte.

Das Steuergesetz ist eine leicht abgespeckte Version der ursprünglichen Pläne Präsident Trumps und der Republikaner (vgl. Congress Report, Jahrgang 32, 2017, Heft 9-10, S.1). Am deutlichsten sticht die Aufgabe der Forderung nach einer vollständigen Abschaffung der Erbschaftssteuer hervor.

Das Reformgesetz begnügt sich mit einer Verdoppelung der Freibeträge auf 11,2 Mio. USD für Einzelpersonen und 22,4 Mio. USD für Paare. Relativ viele Abstriche haben die Republikaner in der Reform der Besteuerung von Unternehmen gemacht. Die angestrebte Absenkung des Spitzensteuersatzes von 35 auf 20 Prozent wurde auf 21 Prozent korrigiert, um finanzielle Spielräume zu schaffen.

Neben der Senkung der Unternehmenssteuer bleiben die wichtigsten Änderungen:

- die Möglichkeit der Abschreibung von Investitionen in ihrem ersten Jahr;
- die Rückführung von im Ausland erzielten Gewinne zu einem herabgesetzten Steuersatz;
- die Abschaffung der Mindestbesteuerung (*Alternative Minimum Tax*) für Unternehmen, und
- Erleichterungen für sogenannte *Pass Through Companies*, Personengesellschaften, deren an Einzelpersonen ausgeschüttete Gewinne als individuelle Einkommen besteuert werden.

Deutlich sind die Kompromisse in Hinsicht auf die Einkommensbesteuerung:

- ungeachtet der angekündigten Vereinfachung bleibt es bei 7 Steuersätzen, obwohl die meisten abgesenkt werden, der Spitzensteuersatz zum Beispiel von 39,6 auf 37 Prozent;
- die Absetzbarkeit von einzelstaatlichen und lokalen Steuern wird ebenfalls nicht ganz ausgesetzt, wenngleich auf 10.000 USD pro Jahr begrenzt;
- in ähnlicher Weise wird die Absetzbarkeit von Zinszahlungen auf Kredite für private Immobilien in Höhe von 1 Mio. auf 750.000 USD abgesenkt, und auch
- die vorgesehene Abschaffung der Absetzung von Zinsen für Ausbildungskredite, von Ausgaben für medizinische Behandlungen, Berufsaufwendungen für Lehrerinnen und Lehrer und andere Vergünstigungen entfallen.

Teil des Reformgesetzes bleiben Kernelemente wie:

- die Verdoppelung des jährlichen Steuergrundfreibetrags für Einzelpersonen auf 12.000 USD und 24.000 USD für Ehepaare;
- die Verdoppelung der jährlichen Steuervergünstigung für Kinder auf jeweils 2.000 USD;
- ein zusätzlicher Freibetrag für sonstige „abhängige“ Mitglieder des Haushalts (*Dependents*) in Höhe von 500 USD jährlich;
- die Anhebung der Bemessungsgrenze für die Mindestbesteuerung (*Alternative Minimum Tax*) auf jährlich 84.500 für Einzelpersonen und 109.400 für Ehepaare.

Eine überraschende Änderung, die in keiner der bisherigen Vorlagen von Senat und Repräsentantenhaus zu finden war, ist die Abschaffung der „Strafsteuer“ unter dem *Affordable Care Act* (ACA, „Obamacare“, *Public Law* 111-148) für nichtversicherte Personen. Zweck der Strafsteuer war zu verhindern, dass junge und gesunde Personen erst dann Krankenversicherungen abschließen, wenn sie sich mit ernsthaften medizinischen Problemen konfrontiert sehen (*Free Rider*-Problematik).

Das *Congressional Budget Office* (CBO) schätzt, dass das Wegfallen dieses Kontrollmechanismus bis zum Jahr 2027 zu einem Anstieg der Zahl der nichtversicherten Personen um 13 Millionen führen wird. Mit dem Verlust vor allem junger und gesunder Personen erhöhen sich die Kosten für die verbleibenden Versicherten. Nach den Berechnungen des CBO werden die Versicherungsprämien in den kommenden 10 Jahren um zusätzlich 10 Prozent steigen.

Das komplexe Austarieren, Einfügen, Streichen und Ändern zentraler Bestimmungen vor allem der Einkommensbesteuerung macht bereits deutlich, wie schwierig die Ein-

ordnung und Bewertung der Effekte und Auswirkungen des Reformwerks ist. Unmittelbar ersichtlich ist, dass das Ziel einer Vereinfachung des Steuersystems verfehlt wurde, mit Ausnahme der untersten Einkommensgruppe, die erhöhte Grundfreibeträge nutzen kann.

Für die Besteuerung von Unternehmen ist das auf den ersten Blick weniger augenfällig. Doch das Gesetz versäumt die von strikt marktwirtschaftlich argumentierenden Kritikern des Status quo geforderte Abschaffung zahlreicher Vergünstigungen.

Trumps „große Steuerreform“ ist entsprechend in erster Linie als massive Steuersenkung zu bewerten. Präsident Trumps eigene Rhetorik hat diesen Aspekt immer besonders betont.

Der Hauptkritikpunkt der demokratischen Opposition ist, dass die Reform in eklatanter Form Unternehmen und die höchsten Einkommensgruppen bevorzugt. Die Republikaner halten dagegen, dass fast alle Steuerzahler von den Entlastungen profitieren werden.

Für die Startphase trifft dies weitgehend zu, auch wenn die Einkommenszuwächse stark unterschiedlichen ausfallen. Herauszustreichen bleibt allerdings, dass viele der Vergünstigungen für Einkommenssteuerzahler bis zum Jahr 2025 schrittweise wieder ausgesetzt werden, während die Entlastungen für Unternehmen permanent ausgelegt sind. Der Effekt ist eine langsam steigende Belastung gerade der untersten Einkommensgruppen.

Die Republikaner verteidigen ihre Steuerreform mit Verweis auf das Haushaltsverfahren, dass eine Erhöhung der Staatsverschuldung nur in dem 10-jährigen Planungsrahmen des Budgets zulässt. Das offensichtliche Kalkül ist, dass es für die Demokraten nicht möglich sein wird, sich einer erneuten Entlastung der unteren Einkommen zu verweigern, auch auf Kosten einer zusätzlichen Schuldenaufnahme.

Die Steuerreform sieht bisher im Rahmen der Haushaltsplanung eine zusätzliche Verschuldung von bis zu 1,5 Billionen USD vor. Nach den Schätzungen des *Joint Committee on Taxation* (JCT) würde eine moderate Erhöhung des Wirtschaftswachstums (kumulativ 0,7 Prozent) zu zusätzlichen Einnahmen von ca. 483 Milliarden USD führen, bei gleichzeitig höheren Ausgaben von 55 Milliarden USD für den Schuldendienst.

Die Republikaner selbst argumentieren, dass ein großer Teil der Vergünstigungen für die unteren und mittleren Einkommensgruppen durch höhere Löhne und Gehälter in Folge des prognostizierten Wirtschaftswachstums und einer verbesserten Finanzausstattung der Unternehmen entstehen wird.

Damit bleibt der Erfolg der Steuerreform mittel- und langfristig von den erhofften ökonomischen Auswirkungen abhängig, die viele Kritiker in Frage stellen. Nach den laufenden Umfragen nimmt die amerikanische Öffentlichkeit das Reformwerk sehr skeptisch auf – überraschend für Steuersenkungen. Dennoch haben Präsident

Trump und die Republikaner im Kongress ihren Erfolg überschwänglich begrüßt und gefeiert.

Der erste größere Gesetzgebungserfolg war für den Präsidenten wie die Führungsspitzen der republikanischen Fraktionen im Kongress von fast existentieller politischer Bedeutung. Ein Scheitern wäre gegenüber der Basis, Geldgebern und Wählern einer Bankrott-erklärung gleichgekommen.

Offen bleibt aber, welche Themen Präsident Trump, *Speaker* Paul Ryan (R-Wisconsin) und *Senate Majority Leader* Addison Mitchell „Mitch“ McConnell (R-Kentucky) im Wahljahr 2018 in den Vordergrund rücken wollen. Die Reform des Sozialsystems, die Einwanderungspolitik einschließlich des Baus einer Mauer an der Grenze zu Mexiko, ein Infrastrukturprogramm oder die Bundesverschuldung sind innerhalb der Partei wie zwischen Präsident Trump und dem Kongress deutlich kontroverser als üppige Steuer-geschenke.

## **2. Kongress verabschiedet weiteren Überbrückungshaushalt**

Das Repräsentantenhaus und der Senat haben am 21. Dezember 2017 eine neuerliche, kurzfristige Verlängerung des Bundeshaushalts (*Continuing Resolution*) verabschiedet, welche die Finanzierung der Bundesausgaben nun vorläufig bis zum 19. Januar 2018 sichert (vgl. Congress Report, Jahrgang 32, 2017, Heft 9-10, S. 5).

Das Repräsentantenhaus nahm die „Continuing Resolution“ (CR) mit 231:188 Stimmen, der Senat mit 66:32 Stimmen an.

Der Überbrückungshaushalt schreibt die Vorgaben für den US-Bundeshaushalt kurzfristig und unverändert gegenüber dem Vorjahr fort und vertagt damit zentrale Auseinandersetzungen um die Bundespolitik auf die zweite Januarhälfte 2018.

Auf Widerstand stößt unter Demokraten vor allem das republikanische Bestreben einer *Erhöhung der Verteidigungsausgaben* (vgl. Punkt 3) ohne Ausgleich auf der Seite der Ausgaben für Sozialprogramme, Infrastruktur oder Forschung.

Ein zentraler Streitpunkt bleibt die Verlängerung des Aufenthaltsrechts für so genannte *Dreamer*, nicht dokumentierte Migranten, die als Minderjährige von ihren Eltern mit in die USA gebracht worden sind. Präsident Obama hatte ihnen, unter Auflagen, ein temporäres Aufenthaltsrecht gewährt. Präsident Trump hatte diese Rechtsverordnung am 5. September 2017 aufgehoben (vgl. Congress Report, Jahrgang 32, 2017, Heft 9-10, S. 18).

Offen bleibt zudem die Frage der Katastrophenhilfe des Bundes für Florida, Mississippi, Texas und Puerto Rico. Die genannten Bundesstaaten und -territorien waren von den



Herbststürmen 2017 („Harvey, Irma und Maria“) besonders hart betroffen. Obwohl das Repräsentantenhaus bereits eine Sonderhilfe in Höhe von 81 Milliarden USD befürwortet hat, steht eine Entscheidung des Senats noch aus.

Umstritten ist auch die Finanzierung von S-CHIP, einem gemeinsamen Programm von Bund und Einzelstaaten zur Sicherung der Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen mit Eltern, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt. Obwohl das Programm überparteiliche Unterstützung genießt, fehlen gegenwärtig die Mittel für eine unveränderte Fortschreibung.

Der Kongress hat zwar mit dem verabschiedeten Überbrückungshaushalt einen *Government Shutdown*, eine erneute Schließung aller nicht sicherheitsrelevanten Bundesbehörden, verhindert. Die hoch kontroversen Auseinandersetzungen um die Prioritäten des Bundeshaushalts 2018 und die Bundesverschuldung wurden damit jedoch nur vertagt.

### **3. Verteidigungsgenehmigungsgesetz für das Haushaltsjahr 2018 von Präsident Trump unterzeichnet**

Präsident Donald Trump hat dem Verteidigungsgenehmigungsgesetz für das Haushaltsjahr 2018 am 12. Dezember 2017 mit seiner Unterschrift Gesetzeskraft verliehen („National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2018“, House Resolution (H.R.) 2810, Public Law 115-91).

Das Repräsentantenhaus hatte dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses zwischen den beiden Kammern des Kongresses („Conference Report to Accompany H.R. 2810, Report 115-404“, einzusehen unter <https://www.congress.gov/115/crpt/hrpt404/CRPT-115hrpt404.pdf>) am 14. November mit 356:70 Stimmen zugestimmt. Der Senat war dem Conference Report zwei Tage später, am 16. November, in nicht namentlicher Abstimmung ebenfalls gefolgt (siehe auch Congress Report, Jahrgang 32, 2017, Heft 9-10, S. 15).

In den USA unterscheidet man zwischen der jährlichen Haushaltszuweisung für Verteidigungsausgaben zum einen der Sache (*Authorization*) und zum anderen der Höhe (*Appropriations*) nach. Beide Haushaltszuweisungspfade sollten eigentlich jeweils zum rechnungstechnischen Beginn des Haushaltsjahres, dem 1. Oktober des jeweiligen Vorjahres, abgeschlossen sein, was dem Kongress in den vergangenen Jahren allerdings angesichts der Komplexität des *jährlichen* Haushaltszuweisungsprozesses oftmals nicht gelungen ist (vgl. hierzu auch Punkt 2).

Der *National Defense Authorization Act* (NDAA) 2018 weist für den Bereich der Aufgaben des Verteidigungsministeriums Ausgaben in Höhe von fast 700 Mrd. USD aus, wovon etwa 66 Mrd. für die laufenden Kriegsausgaben in Afghanistan, im Irak, in Syrien und in anderen Konfliktzonen in Afrika verwendet werden sollen.



Die genehmigte Ausgabensumme für das Pentagon liegt 85 Mrd. USD über jener Obergrenze im Bereich des *Discretionary Defense Spending*, die der Kongress im Rahmen des *Budget Control Act* im Jahr 2011 (*Public Law 112-25*) festgeschrieben hat und bedarf einer Ausnahmeentscheidung durch den Kongress, die bisher allerdings nicht erfolgt ist (vgl. Punkt 2).

Im Rahmen des Verteidigungsgenehmigungsgesetzes für das Haushaltsjahr 2018 ist unter anderem vorgesehen,

- die Zahl der aktiv dienenden Soldaten um 16.600 zu erhöhen (7.500 bei der Armee, 4.000 bei der Marine, 4.100 bei der Luftwaffe und 1.000 bei den *Marines*). Darüber hinaus soll die Zahl der Reservisten um insgesamt 3.700 aufgestockt werden;
- 90 weitere F-35 Kampfflugzeuge zu beschaffen, die von *Lockheed Martin* gebaut werden, 20 mehr als von Präsident Trump ursprünglich für das Haushaltsjahr 2018 vom Kongress verlangt worden waren;
- drei neue Kriegsschiffe für die küstennahe Gefechtsführung („littoral combat ships“) bereitzustellen, zwei mehr als von der Administration verlangt worden waren;
- 28 bodengestützte Raketenabwehrsystem-Einrichtungen in Alaska zu bauen.

Das umstrittene Gefangenenlager in *Guantanamo Bay*, das Trumps Amtsvorgänger im Weißen Haus, Barack Obama, eigentlich schließen wollte, und in dem derzeit noch 41 des Terrorismus Verdächtige festgehalten werden, darf nicht geschlossen werden.

In Abschnitt 1033 des NDAA 2018 heißt es dazu:

- „No amounts authorized to be appropriated or otherwise made available for the Department of Defense may be used during the period beginning on the date of the enactment of this Act and ending on December 31, 2018, to transfer, release, or assist in the transfer or release to or within the United States, its territories, or possessions of Khalid Sheikh Mohammed or any other detainee who (1) is not a United States citizen or a member of the Armed Forces of the United States; and (2) is or was held on or after January 20, 2009, at United States Naval Station, Guantanamo Bay, Cuba, by the Department of Defense.“

Die USA hatten seit dem Jahr 2002 bis zu 780 sogenannte *Enemy Combatants* ohne die Möglichkeit einer richterlichen Überprüfung ihrer Internierung in der *Guantanamo Bay Naval Station* festgehalten und zumindest 119 dieser Gefangenengruppe zwischen 2002 und 2006 organisiert gefoltert, um zu Geständnissen zu gelangen.

Trump's Amtsvorgänger Obama hatte das Gefangenenlager als Symbol für eine fehlgeleitete Politik der Terrorismusbekämpfung durch die USA bezeichnet und immer wieder erfolglos auf eine Schließung während seiner Präsidentschaft 2009-2017 gedrängt.

Mit Blick auf die nuklearen Abschreckungsmöglichkeiten der NATO stellt der Kongress im Rahmen des NDAA 2018 in Abschnitt 1236 u.a. fest:

- „It is the sense of Congress that (1) the nuclear and conventional deterrence capabilities of NATO are of critical importance to the security of the United States and of the NATO alliance, and must continue to adapt to the changed security environment in Europe; (2) the *ability of the United States to forward-deploy dualcapable aircraft and nuclear weapons*, and of select members of NATO to participate in the nuclear deterrence mission of NATO by hosting forward-deployed nuclear weapons of the United States or operating dual-capable aircraft, *is central to the credibility of the nuclear deterrence and defense posture of NATO*; (3) the strategic forces of the United States, the independent nuclear forces of the United Kingdom and the French Republic, and the dual-capable aircraft operated by the United States and other members of NATO constitute foundational elements of the nuclear deterrence and defense posture of NATO; (4) *NATO should modernize its nuclear-related infrastructure* to ensure the highest-level of safety and security; (5) *effective deterrence requires NATO to conduct nuclear planning and exercises aligned with 21st century requirements and modernize nuclear-related capabilities and infrastructure, including dual-capable aircraft, command and control networks, and facilities*; and (6) to ensure the continued credibility of the deterrence and defense posture of NATO, the planned completion of F-35A aircraft development and testing, as well as the delivery of such aircraft to members of NATO, must not be delayed.“ (Hervorhebung durch die Reaktion).

Präsident Trump zeigte sich bei der Unterzeichnung des NDAA 2018 mit der Entscheidung des Kongresses höchst zufrieden. „This legislation represents a momentous step in rebuilding our military and securing the future of our children“, so Trump, der allerdings in einem so genannten *Signing Statement* eine Reihe von Bedenken gegen einzelne Passagen des Gesetzes geltend machte. Sie berühren die von ihm mit Verweis auf die Verfassung beanspruchte „exklusive Rolle“ als *Commander-in-Chief* und sein damit verbundenes *Executive Privilege*. Trumps formale Bedenken gegen die Gesetzesentscheidung des Kongresses können eingesehen werden unter: <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/statement-president-donald-j-trump-h-r-2810/>.

#### **4. Geteilte Reaktionen im Kongress auf die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch Präsident Trump**

Im Kongress ist die am 6. Dezember 2017 von Präsident Donald Trump vollzogene Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels und die Ankündigung, dass die USA ihre Botschaft sobald wie möglich („as soon as practicable“) von Tel Aviv in die Heilige Stadt verlegen wollen, auf unterschiedliche Reaktionen gestoßen. Sie reichen von vorbehaltlos unterstützend bis scharf ablehnend.

Zu den Unterstützern von Trumps beispiellosem Schritt, der von der jahrzehntealten Praxis seiner Amtsvorgänger im Weißen Haus abweicht, den Anspruch Israels auf Jerusalem als Hauptstadt des Staates nicht anzuerkennen, zählt unter anderem der Speaker des Repräsentantenhaus Paul Ryan (R-Wisconsin). „This is a day that is long overdue“, so Ryan, der fortfuhr: „Jerusalem has been, and always will be, the eternal, undivided capital of Israel. The city’s status as the religious epicenter of Judaism is an historical fact – not a matter of debate. (...) I commend President Trump for taking this important action, and for exploring next steps to move the U.S. embassy from Tel Aviv to Jerusalem.“

In eine ähnliche Richtung äußerte sich auch der House Minority Whip Steny Hoyer (D-Maryland). „Jerusalem is the capital of the State of Israel“, so der Demokrat, „something that the United States Congress has reaffirmed as a fact of history that cannot be denied“. Unterstützend äußerte sich auch die Führung des Foreign Affairs Committee im Repräsentantenhaus, wo sich sowohl der republikanische Chairman Ed Royce (California) als auch der demokratische Ranking Member Eliot Engel (New York) hinter die Entscheidung Trumps stellten.

Im Senat waren es viele Mitglieder der republikanischen Mehrheitsfraktion, wie Charles Ernest „Chuck“ Grassley (Iowa), Vorsitzender des Justizausschusses, Orrin Hatch (Utah), Vorsitzender des *Senate Finance Committee*, Lindsey Graham (South Carolina), Vorsitzender des *Senate Appropriations Subcommittee on State and Foreign Operations*, Marco Rubio (Florida), David Perdue (Georgia), Robert „Rob“ Portman (Ohio) oder James Mountain „Jim“ Inhofe (Oklahoma), die sich applaudierend hinter die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch Präsident Trump stellten.

Das Weiße Haus hat zwischenzeitlich eine Übersicht der Unterstützer von Trumps Proklamation zu Jerusalem im Kongress veröffentlicht. Sie kann eingesehen werden unter: <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/support-president-trumps-decision-recognize-jerusalem-israels-capital/>.

Scharfe Kritik kam im Senat hingegen unter anderen von der Demokratin Dianne Feinstein (D-California), die sich Anfang Dezember 2017 in einem Brief direkt an Präsident Trump gewandt hatte. Sie befürchtet nicht nur eine neue Gewaltspirale im Nahen Osten, sondern auch das Ende der bisher angestrebten Zweistaaten-Lösung für Israelis und Palästinenser. „Recognizing Jerusalem as Israel’s capital – or relocating our embassy to Jerusalem“, so Feinstein, „will spark violence and embolden extremists on both sides of this debate“. Die Senatorin warf Präsident Trump vor, die Äquidistanz zwischen den Konfliktparteien ohne Not über Bord zu werfen und damit auch der Glaubwürdigkeit der USA in der Region und in der Arabischen Welt schweren Schaden zuzufügen. „For 50 years“, so Feinstein, „Democratic and Republican presidents alike have chosen not to recognize Jerusalem as Israel’s capital in order to remain impartial. If you break with this long tradition of bipartisan foreign policy, you’ll erode American credibility as an unbiased mediator, alienate us from our international partners – such as Jordan – and undermine any hope for a two state-solution“ (Hervorhebung durch die Redaktion).

Präsident Trump bezog sich in seiner Entscheidung auf den Jerusalem Embassy Act (JEA) des Kongresses aus dem Jahr 1995 (*Public Law* 104-45), einzusehen unter: <https://www.congress.gov/104/plaws/publ45/PLAW-104publ45.pdf>.

In dieser Entscheidung hatte die Legislative in Abschnitt 3 verfügt:

- „Jerusalem should be recognized as the capital of the state of Israel; and the United States Embassy in Israel should be established in Jerusalem no later than May 31, 1999.“

Zur Durchsetzung dieses Ziels verfügte der Kongress außerdem, dass die Haushaltsmittel des Außenministeriums im Bereich „Acquisition and Maintenance of Buildings Abroad“ bei Nichtumsetzung durch die Exekutive ab dem Haushaltsjahr 1999 um jährlich bis zu 50 Prozent gekürzt werden sollten.

Allerdings wurde der Präsident mit einem Waiver ausgestattet, der es ihm erlaubt, die Umsetzung des Gesetzes für jeweils einen Zeitraum von sechs Monaten auszusetzen, „if he determines and reports to Congress in advance that such suspension is necessary to protect the national interests of the United States“, wie es in Abschnitt 7 des JEA heißt.

Alle amerikanischen Präsidenten von Bill Clinton über George W. Bush und Barack Obama hatten diesen *Waiver* zur Aufrechterhaltung des Status quo in der Jerusalem-Frage genutzt und weiter daran festgehalten, Jerusalem als „corpus separatum“ zu behandeln.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat diese Position am 21. Dezember 2017 unterstrichen und die unilaterale Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch Präsident Trump verurteilt und zurückgewiesen. Auf die Seite der USA - und deren UN-Botschafterin Nikki Haley - stellten sich neben Israel nur Guatemala, Honduras, Mikronesien, Nauru, Palau und Togo.

## **5. Anhörungen des *Senate Foreign Relations Committee* zur Befehlskette für den Einsatz von nuklearen Waffen**

Der Auswärtige Ausschuss des Senats hat unter der Führung seines republikanischen Vorsitzenden Robert Phillips „Bob“ Corker (Tennessee) am 14. November 2017 öffentliche Anhörungen zur nuklearen Befehlskette in den USA („Authority to Order the Use of Nuclear Weapons“) durchgeführt (einzusehen unter: <https://www.foreign.senate.gov/hearings/authority-to-order-the-use-of-nuclear-weapons-111417>). *Chairman* Corker begründete die Anhörungen damit, dass es wichtig sei „die Realitäten dieses (Befehls-)Systems“ zu untersuchen.

Der Subtext war kaum verhüllt. Präsident Donald Trump hatte in den vergangenen Monaten im Zusammenhang mit der Nuklearkrise mit Nordkorea den Eindruck erweckt, dass er durchaus zum Einsatz von Atomwaffen bereit ist. So erklärte er Anfang August 2017: „North Korea best make not any threats to the United States“. Trump drohte dann offen mit dem Einsatz von nuklearen Waffen durch die USA: „They will be met with fire and fury like the world has never seen before“ (vgl. dazu im Detail auch Congress Report, Jahrgang 32, 2017, Heft 9-10, S. 8-12).

Der Sicherheitsberater des Präsidenten, General H.R. McMaster, hatte Anfang Dezember 2017 in einer Rede vor dem *Reagan National Defense Forum* davon gesprochen, dass das Kriegsrisiko gegenüber Nordkorea im Zusammenhang mit dem erfolgreichen Test einer Interkontinentalrakete des Typs Hwasong-15, die das Festland der USA erreichen könnte, „is increasing every day, which means that we are in a race, we are in a race to be able to solve this problem“.

Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un hatte am 3. September 2017 nicht nur den sechsten Atomwaffentest seines Landes durchführen lassen, sondern in einer Neujahrsansprache dann auch unterstrichen, dass der Aufbau der nordkoreanischen Atomstreitkräfte „abgeschlossen“ sei und dass der Einsatzknopf für diese Waffen jederzeit in seiner Reichweite ist.

Präsident Trump reagierte darauf am 3. Januar 2018 via Twitter: „North Korean Leader Kim Jong Un just stated that the ‘Nuclear Button is on his desk at all times.’ Will someone from his depleted and food starved regime please inform him that I too have a Nuclear Button, but it is a much bigger & more powerful one than his, and my Button works!“.

Das Senate Foreign Relations Committee (SFRC), dessen Vorsitzender Bob Corker (R-Tennessee) schon mehrfach Zweifel an der Führungsfähigkeit Donald Trumps geäußert und ihm unter anderem vorgeworfen hatte, dass er nicht wie ein Präsident im Weißen Haus, sondern wie in einer „reality show“ agiere, brachte mit dem Hearing die wachsende Sorge im Kongress vor einem nuklearen Präventivschlag Trumps gegen Nordkorea zum Ausdruck.

Senator Christopher „Chris“ Murphy (D-Connecticut) brachte die Befürchtungen auf den Punkt, als er dem Präsidenten im Rahmen der Anhörungen des SFRC zur nuklearen Befehlskette vorwarf, „(that he, Trump, die Redaktion) is so unstable, is so volatile, has a decision-making process that is so quixotic that he might order a nuclear weapons strike that is wildly out of step with U.S. national security interests“.

Die Anhörungen des SFRC begannen mit einer Experteneinschätzung von General a.D. C. Robert „Bob“ Kehler, der von 2011 bis 2013 der kommandierende General des *U.S. Strategic Command* war. Sie kann eingesehen werden unter [https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/111417\\_Kehler\\_Testimony.pdf](https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/111417_Kehler_Testimony.pdf).



Kehler führte mit Blick auf die Kommando- und Kontrollstrukturen aus: „U.S. nuclear forces operate under strict civilian control. *Only the President of the United States can authorize the use of U.S. nuclear weapons*, and the President’s ability to exercise that authority and direction is ensured by the people, procedures, facilities, equipment, and communication capabilities that comprise the Nuclear Command and Control System (NCCS).” (Hervorhebung durch die Redaktion).

Der General betonte, dass der Einsatz von nuklearen Waffen eine politische Entscheidung ist, die einen ausdrücklichen Befehl des Präsidenten voraussetzt. Allerdings führte er in seinem Statement auch aus: „Military members are bound by the Uniform Code of Military Justice (UCMJ) to follow orders that are legal and come from appropriate command authority. *They are equally bound to question (and ultimately refuse) illegal orders or those that do not come from appropriate authority*“.

 (Hervorhebung durch die Redaktion).

Eine zweite Experteneinschätzung lieferte dem SFRC Dr. Peter Feaver, Professor an der Duke University und Fachmann für Kommando- und Kontrollfragen der amerikanischen Nuklear-Streitkräfte. Feavers Statement ist verfügbar unter: [https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/111417\\_Feaver\\_Testimony.pdf](https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/111417_Feaver_Testimony.pdf).

Der Wissenschaftler führte zum Gesamtkomplex der nuklearen Befehlskette unter anderem Folgendes aus: „At the end of the day, what would matter most is the human element. Would the President properly understand his/her role and his/her options and wisely weigh the second and third order implications of any decision he/she made? Would the President’s advisors be in a position to provide timely counsel and would that counsel shape the President’s decisions? *Would the various echelons in the chain of command recognize a valid authenticated nuclear use order as being legal, given the military’s deeply ingrained training to refuse to implement any illegal order?*“.

 (Hervorhebung durch die Redaktion).

Feaver forderte den Kongress in diesem Zusammenhang dazu auf sich im Rahmen des *Nuclear Posture Review* mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. „Outside experts have suggested“, so Feaver, „many possible improvement that are worth considering. One proposal calls for clarifying the chain of command to ensure that lower-echelons know that any order to use nuclear weapons has been adequately vetted. Another approach recommends requiring certifications by additional cabinet officials to launch orders under certain circumstances. Still another proposal calls for specifying certain scenarios that would require prior consultation with Congress before a nuclear use order would be deemed legal.“

Eine dritte Einschätzung zur Gesamtproblematik lieferte Brian P. McKeon, der 12 Jahre als *Chief Counsel* für die Demokraten im SFRC gearbeitet hat. Sein Statement ist verfügbar unter: [https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/111417\\_McKeon\\_Testimony\\_REVISED.pdf](https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/111417_McKeon_Testimony_REVISED.pdf).

Auch McKeon verwies auf den *Nuclear Posture Review* und führte zur nuklearen Befehlskette in den USA unter anderem Folgendes gegenüber dem Auswärtigen Ausschuss des Senats aus: „The rapid advances of North Korea’s nuclear and missile program, and the escalating rhetoric between the President and the North Korean leader, are no doubt foremost in your mind. In the North Korean context, the view that Congress would need to authorize a war is buttressed by the recent letter to your House colleagues from the Vice Director of the Joint Staff, Rear Admiral Dumont, where he stated that a ground invasion would be required in order to locate and destroy all components of North Korea’s nuclear weapons program. Given the high number of casualties that would occur in any conflict with North Korea – let alone during a ground invasion – no reasonable argument can be made that this would not be “war” in the constitutional sense.“

Gemeint ist das Recht des Kongresses zur Kriegserklärung nach Artikel I, Absatz 8 der amerikanischen Verfassung und nach dem Kriegsvollmachtengesetz aus dem Jahr 1973 (Public Law 93-148).

Im Kongress ist sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat ein Gesetzentwurf zur Begrenzung des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen durch den amerikanischen Präsidenten anhängig. Im Senat wurde der sogenannte „Restricting First Use of Nuclear Weapons Act of 2017“ (S. 200) von Senator Edward J. Markey (D-Massachusetts) am 24. Januar 2017, also kurz nach der Amtseinführung Präsident Trumps, eingebracht. Die Gesetzesvorlage hat mittlerweile 12 Mitunterstützer, allesamt Mitglieder der demokratischen Minderheitsfraktion. Ihr Text ist verfügbar unter: <https://www.govtrack.us/congress/bills/115/s200/text/is>.

Dort heißt es in Abschnitt 3 der Vorlage: „Notwithstanding any other provision of law, the President may not use the Armed Forces of the United States to conduct a first-use nuclear strike unless such strike is conducted pursuant to a declaration of war by Congress that expressly authorizes such strike.“ Definiert wird ein solcher Ersteinsatz von Nuklearwaffen als „attack using nuclear weapons against an enemy that is conducted without the President determining that the enemy has first launched a nuclear strike against the United States or an ally of the United States.“

Im Repräsentantenhaus ist eine gleich lautende Vorlage anhängig (*House Resolution 669*), die ebenfalls am 24. Januar 2017 von Ted Lieu (D-California) eingebracht wurde (<https://www.congress.gov/bill/115th-congress/house-bill/669/text?format=txt>) und mittlerweile 73 Mitunterstützer hat.

Dass das SFRC zur „Authority to Order the Use of Nuclear Weapons“ nun erstmals seit mehr als 40 Jahren öffentliche Anhörungen durchgeführt hat, verdeutlicht, wie stark die Mitglieder des Kongresses zwischenzeitlich – und befördert durch die Twitter-Kommentare Präsident Donald Trumps – mit Blick auf die Thematik sensibilisiert sind.



## 6. Präsident Trump legt dem Kongress seine *National Security Strategy* 2017 vor

Präsident Trump hat dem Kongress am 18. Dezember 2017 seine *National Security Strategy* (NSS) vorgelegt. Das 55 Seiten umfassende Dokument kann eingesehen werden unter: <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2017/12/NSS-Final-12-18-2017-0905.pdf>.

Die NSS ist ein vom Kongress im Rahmen des „Goldwater-Nichols Department of Defense Reorganization Act“ aus dem Jahr 1986 (*Public Law* 99-433) mandatiertes Dokument, mit dem der von der jeweiligen Administration angenommene strategische Kontext der Außen- und Sicherheitspolitik der USA für den Kongress bezeichnet und in Beziehung zu den sich daraus ergebenden Aufgabenschwerpunkten und Zielsetzungen gestellt wird.

Die NSS bezeichnet somit die kognitive Landkarte für jenes Narrativ, das die Administration deklaratorisch zur Begründung ihrer nationalen Sicherheitsstrategie nach innen wie nach außen bemüht. Das Dokument wird dem Kongress in nicht öffentlicher Form unterbreitet, kann aber auch eine öffentlich zugängliche Zusammenfassung mit einschließen, wie es im „National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2017“ (*Public Law* 114-328) heißt.

Die NSS 2017, die der 45. Präsident der Vereinigten Staaten nun kurz vor dem Ende seines ersten Amtsjahres vorgelegt hat, versteht sich als „America First National Strategy“. „This strategy“, heißt es auf Seite 55 des Dokuments, „*is guided by principled realism. It is realist because it acknowledges the central role of power in international politics, affirms that sovereign states are the best hope for a peaceful world, and clearly defines our national interests. It is principled because it is grounded in the knowledge that advancing American principles spreads peace and prosperity around the globe.*“ (Hervorhebung durch die Redaktion).

Donald Trump sieht die USA in seinem nationalistisch grundierten Strategiepapier konfrontiert mit einer „außerordentlich gefährlichen Welt“, in der *Revisionist Powers*, gemeint sind vor allem die Volksrepublik China und Russland, *Regional Dictators and Rogue Regimes*, wofür exemplarisch Nordkorea und der Iran stehen, sowie *Radical Islamist Terror Groups*, wie ISIS, die USA in ihrer Weltführungsrolle herausfordern.

Das Dokument bezeichnet darüber hinaus „unfaire Handelspraktiken“ genauso wie eine „unfaire Lastenteilung“ mit den Verbündeten und „inadäquate Investitionen“ in die Verteidigungsfähigkeit der USA als Bedrohungen für die nationale Sicherheit der USA. Die Stabilität des internationalen Systems könne nur durch eine Politik des „Friedens durch Stärke“ der USA befördert werden.

Entsprechend müssten die USA ihr strategisches Dispositiv der „vergangenen zwei Jahrzehnte“ überdenken, das fälschlicherweise auf der Annahme beruht habe, wie es auf

Seite 3 des Dokuments heißt, „that engagement with rivals and their inclusion in international institutions and global commerce would turn them into benign actors and trustworthy partners.“ Vielmehr müsse es darum gehen, die Souveränität der USA zu stärken. „Putting America first is the duty of our government and the foundation for U.S. leadership in the world“, so Trump in seinem Strategiepapier.

Die Ausgangslage wird als eine der Schwächen der USA bezeichnet. „Since the 1990s, the United States displayed a *great degree of strategic complacency*. We assumed that our *military superiority* was guaranteed and that a democratic peace was inevitable. We believed that liberal-democratic enlargement and inclusion would fundamentally alter the *nature of international relations* and that competition would give way to peaceful cooperation“, heißt es auf Seite 27 der NSS 2017 (Hervorhebung durch die Redaktion).

Da der Umfang der amerikanischen Streitkräfte („the size of our military“) auf den „niedrigsten Stand seit den 1940er Jahren gefallen“ sei (ebenda), müsse die militärische Eskalationsdominanz der USA in allen Bereichen wiederhergestellt werden. Das Gesagte unterschlägt freilich, dass die USA derzeit insgesamt so viel für ihre Verteidigung aufwenden wie die folgenden zehn rüstungsstarken Nationalstaaten zusammen, Russland und die Volksrepublik China eingeschlossen.

Im Grunde erinnert das Narrativ an das der ersten Amtszeit Präsident Ronald Reagans im Weißen Haus (1981-1985). Der 40. Präsident der USA hatte ebenfalls das strategische Leitmotiv des „peace through strength“ bemüht, das sich damals gegen die Sowjetunion richtete. Reagan versprach eine „Rekonstruktion amerikanischer Stärke“ aus einer behaupteten Position der „strategischen Verwundbarkeit“ heraus. Die Folge war eine umfängliche strategische Modernisierung und Aufrüstung, die 1982/1983 zu einer konfrontativen Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber der damaligen Sowjetunion führte.

Trumps nationalistische, der Bereitschaft zum Alleingang und überlegener militärischer Stärke verpflichtete *America First foreign policy* wird in der NSS 2017 durch den Verweis auf die Bedeutung der Diplomatie ergänzt. „(D)iplomacy is indispensable to identify and implement solutions to conflicts in unstable regions of the world short of military involvement“, wie es auf Seite 33 des Strategiepapiers heißt. Die Ankündigung eines „Upgrade“ der diplomatischen Fähigkeiten steht allerdings in faktischem Gegensatz zu den Haushaltsausgaben für das Außenministerium und die Auslandshilfe, die nach dem Willen der Trump-Administration um bis zu 30 Prozent gekürzt werden sollen.

Vergleicht man die NSS 2017 mit der letzten öffentlich gemachten seines Amtsvorgängers Barack Obama im Jahr 2015 (einzusehen unter: <http://nssarchive.us/national-security-strategy-2015/>), so ist die deklaratorische Abkehr vom Gedanken einer Werte akzentuierenden klugen Machtpolitik, der neben harten Elementen der Machtausübung in verstärkten Maße auch weiche beigemischt werden sollten, besonders auffällig.

In der NSS 2015 findet sich noch folgende Passage: „(W)e must draw upon the power of our example – that means viewing our commitment to our values and the rule of law as a strength, and not an inconvenience. That is why I have worked to ensure that America has the capabilities we need to respond to threats abroad, while acting in line with our values – prohibiting the use of torture; embracing constraints on our use of new technologies like drones; and upholding our commitment to privacy and civil liberties. These actions are a part of our resilience at home and a source of our influence abroad.”

Davon hat Präsident Trump Abschied genommen. Ihm geht es in seinem Strategiedokument nicht um die Aufrechterhaltung einer liberalen Weltordnung und einer Weltführungsrolle der USA, welche die kluge Machtausübung betont. „(A)s we strengthen our sovereignty“, so der 45. Präsident, „we will renew confidence in ourselves as a nation“. Die Werteorientierung und moralische Glaubwürdigkeit der USA als Weltführungsmacht erscheint dabei nachrangig.

## **7. Sonderermittler Mueller richtet Fokus auf Präsident Trumps Mitarbeiter**

Nach mehrmonatigen Untersuchungen und Vernehmungen einer langen Liste von Mitarbeitern Präsident Trumps, aus seinem Wahlkampfteam wie seinem Stab im Weißen Haus, hat *Special Counsel* Robert Mueller erste Anklagen erhoben. Dies deutet an, dass die FBI-Untersuchung der russischen Eingriffe in den US-Wahlkampf 2016 in eine neue Phase eingetreten ist.

Bereits am 3. Oktober 2017 erhob Mueller Anklage gegen George Papadopoulos, einen weniger bekannten Mitarbeiter von Trump im Wahlkampf. Ohne Wissen der Öffentlichkeit hatte das FBI Papadopoulos schon im Juli 2017 festgenommen und verhört. Papadopoulos plädierte schuldig in einem Punkt und zwar einer Falschaussage gegenüber dem FBI.

Präsident Trump und seine Unterstützer versuchten schnell Papadopoulos als unbezahlten und unbedeutenden Freiwilligen („coffee boy“) abzutun, der im Wahlkampf keine Rolle gespielt habe und Trump nicht wirklich bekannt sei. Außerdem betreffe sein Schuldeingeständnis nicht mehr als ein persönliches Fehlverhalten, das in keiner Weise mit der Frage einer Kooperation des Trump-Wahlkampfteams mit Russland zu tun habe.

Doch Präsident Trump hatte Papadopoulos nicht nur öffentlich als wertvollen Berater in Fragen der Sicherheits- und Außenpolitik bezeichnet und ihn in von den Medien dokumentierten offiziellen Sitzungen getroffen. Ungleich wichtiger noch waren die bezeugten und offensichtlich durch E-Mail-Nachrichten bestätigten Aktivitäten von Papadopoulos.

Papadopoulos hatte bereits im Frühjahr 2016 von einem in London lebenden Professor, Joseph Mifsud, mit engen Kontakten zur Putin-Regierung, und eine vermeintlichen

Nichte des russischen Präsidenten Informationen über die unter Aufsicht des russischen Geheimdiensts gehackten E-Mails der Clinton-Kampagne erhalten. Diese Informationen hatte er nicht nur mit einem führenden australischen Diplomaten in Großbritannien geteilt, sondern auch mit führenden Mitarbeitern von Trumps Wahlkampfteam.

Während sich die Details der Geschichte wie ein einfach gestrickter Spionage-Roman anhören mögen, haben sie die Mueller-Untersuchung auf ein Netz von Kontakten und E-Mail-Verbindungen innerhalb von Trumps Wahlkampfteam geführt, die darauf hindeuten, dass führende Mitarbeiter der Kampagne bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt Wissen von den rechtswidrigen russischen Eingriffen in den amerikanischen Wahlkampf 2016 hatten.

Aus diesem Blickwinkel ist die Wendung von George Papadopoulos zu einem Zeugen, der unter verminderter Strafandrohung mit Muellers Ermittlern kooperiert, primär als Hebel für die Befragung höherrangiger Mitarbeiter zu sehen.

Am 27. Oktober 2017 folgten zwei weitere Anklagen gegen Paul Manafort, den Manager von Trumps Wahlkampf im Sommer 2016, sowie dessen Stellvertreter, Rick Gates. Manafort und Gates scheinen bisher die Kooperation mit dem FBI zu verweigern. Die in der Anklage vorgebrachten Vorwürfe reichen von Falschaussagen bis hin zur Geldwäsche. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass weitere Anklagepunkte nachfolgen werden.

Der bisher größte Schlag war jedoch die Anklage gegen Lt. General a.D. Michael Flynn, Nationaler Sicherheitsberater Trumps bis zum 13. Februar 2017 und früherer Direktor der *Defense Intelligence Agency* (DIA), am 1. Dezember 2017. Wie im Fall von Papadopoulos beschränkte sich die Anklage auf einen Punkt, Falschaussagen gegenüber dem FBI. Flynn bekannte sich ebenfalls schuldig und die Erklärung zum Schuldbekenntnis macht deutlich, dass sich Flynn zur Kooperation mit dem FBI verpflichtet hat.

Wie in allen anderen Fällen versuchte die Trump-Administration auch die Bedeutung von Flynn und dessen Aussagen herunterzuspielen. Doch im Unterschied zu Papadopoulos war Mike Flynn nicht nur eine zentrale Figur im Wahlkampf, sondern auch in der Frühphase der Trump-Administration. Damit hat sich die Untersuchung Muellers Zugriff auf das Wissen und die Kontakte einer früheren Schlüsselfigur des Trump-Teams gesichert.

Von besonderem Interesse ist das aktive Engagement Flynns in der Frage der Aufhebung der US-Sanktionen gegen Russland. Nach Presseberichten verfolgte Flynn auch Pläne von der Aufhebung der Russland-Sanktionen geschäftlich zu profitieren.

Auch wenn die Bedeutung und Auswirkungen der neuen Erkenntnisse der Mueller-Ermittlungen, nicht zuletzt wegen der strikten Geheimhaltung kaum abzusehen sind, bleibt aufgrund der Umstände zu erwarten, dass sie zu weiteren Anklagen führen werden. Die Spekulationen konzentrieren sich insbesondere auf Trumps Schwiegersohn, Jared Kushner, und seinen Sohn, Donald Trump, Junior. Kushner wie Trump, Jr. gehörten während

des Wahlkampfes zum Führungspersonal. Kushner ist bis heute einer der einflussreichsten Berater des Präsidenten. Trump, Jr. führt zusammen mit seinem Bruder, Eric Trump, die persönlichen Geschäfte des Präsidenten.

Darüber hinaus wurde bekannt, dass das Team Muellers auch Unterlagen über geschäftliche Transaktionen von der Deutschen Bank angefordert und erhalten hat. Dies deutet darauf hin, dass Muellers Team auch die finanziellen Beziehungen von Trump und seiner Familie zu russischen Banken und Investoren untersucht. Bezeichnenderweise hatte Präsident Trump selbst solche Ermittlungen in einem Interview mit der *New York Times* als „off limits“ bezeichnet.

Die Trump-Administration hat ungeachtet der bisher weitgehend geheim gehaltenen Ergebnisse der Ermittlungen mit heftigen Angriffen gegen *Special Counsel* Robert Mueller und sein Team reagiert.

Präsident Trumps Verbündete im Kongress wie in den Medien haben sich zum einen auf das Dossier David Steeles, des früheren Mitarbeiters des britischen Geheimdienstes, eingeschossen, der 2017 im Auftrag von Hillary Rodham Clintons Wahlkampfteam und des *Democratic National Committee* (DNC) belastendes Material gesammelt hatte.

Ungeachtet aller Ablenkungsmanöver und Querschüsse hat sich *Special Counsel* Robert Mueller bisher vollkommen unbeeindruckt gezeigt. Als nächster Schritt der Ermittlungen zeichnet sich eine Vernehmung von Präsident Trump selbst ab. Die Bedingungen einer solchen Vernehmung bleiben allerdings Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Vertretern des FBI und den privaten Rechtsanwälten des Präsidenten.

Die möglichen Vernehmungen des Präsidenten durch das FBI sind aber nicht als Zeichen eines schnellen Abschlusses der Mueller-Untersuchungen zu interpretieren. Presseberichte aus dem Umkreis der Ermittlungen lassen vielmehr vermuten, dass sich die Untersuchung noch mehrere Monate hinziehen wird.

## **8. Die #MeToo-Bewegung erreicht den Kongress**

Die Berichterstattung der *New York Times* und der Zeitschrift *Vanity Fair* über sexuelle Übergriffe des Hollywood-Moguls Harvey Weinstein von Mitte Oktober 2017 hat in den USA eine Welle von Enthüllungen über sexuelle Belästigungen prominenter Männer ausgelöst, die nach der Filmindustrie und den Medien auch die Politik erreicht hat.

Vorwürfe von *Sexual Harassment* und *Sexual Assault* sind in den zurückliegenden Jahren gegen bekannte Filmschauspieler wie Bill Cosby, den *Fox News*-Kommentator Bill O'Reilly sowie den *Fox News*-CEO Roger Ailes öffentlich geworden.

Doch die #MeToo-Bewegung, vergleichbar der deutschen #Aufschrei-Bewegung, hat zu einer Lawine von Bekenntnissen von Frauen geführt, die alle Bereiche der Gesellschaft



berührt hat. Der Begriff „MeToo“ geht zurück auf die schwarze Bürgerrechtsaktivistin Tarana Burke. Im Herbst 2017 hat die Schauspielerin Alyssa Milano *#MeToo* als *Twitter*-Hashtag verwendet. Das Kernanliegen ist, Frauen Schutz und Solidarität in Fällen sexueller Gewalt zu bieten.

Stars wie Sheryl Crow, Ellen DeGeneres, Lady Gaga, Ashley Judd, Molly Ringwald, Uma Thurman oder Reese Witherspoon haben die *#MeToo*-Bewegung mit ihren Aussagen beflügelt. Die Zeitschrift Time hat die *#MeToo*-Bewegung kollektiv zur „Person des Jahres 2017“ gekürt. Nach Zählungen unterschiedlicher Medien-Organisationen sind bisher mehr als 100 prominente Männer in den USA mit Anschuldigungen konfrontiert worden.

Im Kongress ist der bekannteste Fall Senator Alan Stuart „Al“ Franken (D-Wisconsin). Franken wurde zunächst von Leeann Tweeden, einer früheren Kabarettistin und Kollegin, bezichtigt, ihr Küsse und Körperkontakte aufgezwungen zu haben. Franken entschuldigte sich umgehend, doch mehrere Frauen veröffentlichten weitere Anschuldigungen gegen Senator Franken.

Nachdem mehrere demokratische Senatorinnen wie Kirsten Gillibrand (New York), Kamala Harris (California) und Claire McCaskill (Missouri) Frankens Rücktritt forderten, erklärte er seinen Rückzug aus der Politik.

Drei weitere Mitglieder des Kongresses, die Abgeordneten John Conyers (D-Michigan), Blake Farenthold (R-Texas) und Trent Franks (R-Arizona) kündigten nach Vorwürfen sexueller Übergriffe ihren Abtritt an.

Im Zuge der Debatte über Kongressmitglieder und sexuelle Übergriffe wurde bekannt, dass die Ethik-Regeln und -Verfahren des Kongress in solchen Fällen sehr restriktiv angelegt sind und die Abgeordneten und Senatoren zum Nachteil der Betroffenen schützen. Neben den Bestimmungen zur Verschwiegenheit wurde zudem bekannt, dass der Kongress Ausgleichszahlungen an Betroffene aus Steuermitteln leistet.

Dies hat im Kongress nun zu Forderungen einer durchgreifenden Reform der bestehenden Prozeduren geführt. Während die Reformforderungen unabweisbar scheinen, ist derzeit noch nicht absehbar, in welche Richtung diese Reformen führen könnten.

## **9. Demokrat Doug Jones gewinnt Senatsnachwahl in Alabama**

In einer mehr als überraschenden Wendung hat der demokratische Kandidat, Gordon Douglas „Doug“ Jones, am 12. Dezember 2017 die Nachwahlen für den Senatsitz von Jeff Sessions gewonnen, der im Februar 2017 zum US Justizminister (Attorney General) ernannt worden ist.

Doug Jones, Jahrgang 1954 und ein früherer Bundesstaatsanwalt in Alabama, siegte mit 50 Prozent der Stimmen gegen den republikanischen Kandidaten, Roy Moore, mit 48,3 Prozent.

Nach herkömmlichen Maßstäben war ein demokratischer Wahlsieg in der Hochburg der Republikaner im tiefen Süden der USA (*Deep South*) kaum vorstellbar. Demokratische Kandidaten haben seit etwa 25 Jahren keinen Senatssitz in Wahlen in Alabama gewonnen.

Die Umstände des demokratischen Wahlsiegs in Alabama sind mehr als bemerkenswert. Senator Jeff Sessions war nach seiner Ernennung zum Justizminister durch Präsident Donald Trump im Frühjahr 2017 als Senator von Alabama zurückgetreten.

Der republikanische Gouverneur von Alabama, Bob Bentley, ernannte daraufhin Luther Strange als Interims-Senator und Sessions Nachfolger. Strange hatte zuvor als *Attorney General* (Justizminister) von Alabama gedient und sich als führender Staatsanwalt des Bundesstaats geweigert, gegen Gouverneur Bentley aufgrund von Korruptionsvorwürfen vorzugehen.

Die Nachfolgerin von Gouverneur Bentley, die republikanische Gouverneurin Kay Ivey, zog die Nachwahlen für Sessions Senatssitz auf den 12. Dezember 2017 vor. In den republikanischen Vorwahlen setzte sich überraschend der umstrittene frühere Vorsitzende des *Supreme Court* von Alabama, Roy Moore, durch.

Roy Moore war zuvor als Vorsitzender des *Supreme Court* von Alabama zweimal aufgrund von rechtlichen Verfehlungen gegen die Bundesverfassung abgesetzt worden. In den republikanischen Vorwahlen hatte Präsident Trump auf Empfehlung von *Senate Majority Leader* Mitch McConnell (R-Kentucky) Luther Strange gegen den Favoriten des rechten Flügels der Partei, Mo Brooks, favorisiert. In dem Dreikampf republikanischer Kandidaten setzte sich allerdings Moore gegen seine innerparteilichen Konkurrenten mit klarem Vorsprung durch.

Doch Moore sah sich im Wahlkampf gegen seinen demokratischen Kontrahenten, Doug Jones, mit Vorwürfen des Missbrauchs von minderjährigen Frauen konfrontiert. Obwohl Moore alle Vorwürfe von sich wies und Präsident Trump nach einigem Zögern ihn unterstützte, verlor Moore gegen Jones.

Der nicht erwartete Wahlsieg des gemäßigt liberalen und offen für das Abtreibungsrecht eintretenden Demokraten Doug Jones wurde zunächst vor allem den persönlichen Defiziten Moores zugerechnet. Doch die Analyse des Wählerverhaltens zeigt deutlich, dass die umstrittenen Vorwürfe gegen Moore von einer knappen Mehrheit der Wähler für nicht glaubhaft befunden wurden.

Der Wahlsieg des Demokraten Doug Jones beruhte vielmehr auf einer außergewöhnlich hohen Wahlbeteiligung schwarzer Wähler in Alabama und einem hohen Anteil von



Frauen mit weiterführender Bildung (College Degree) und Jungwählern, die für Jones stimmten.

Im Kontext der Gouverneurswahlen in New Jersey und Virginia im November 2017, in denen sich die demokratischen Kandidaten, Philip D. Murphy (New Jersey) und Ralph Northam (Virginia) relativ leicht gegen ihre republikanischen Gegenkandidaten durchsetzten, wurden auch die Wahlen in Alabama als Ausdruck eines bundesweiten Trends gegen Präsident Donald Trump gewertet.

Ungeachtet aller republikanischen Dementis und dem Verweis auf die einzelstaatlichen Hintergründe der Nach- und Zwischenwahlen in Alabama, New Jersey und Virginia werfen die Niederlagen einen langen Schatten auf die Kongresswahlen im November 2018.

Vor allem die Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus scheint nach der Serie demokratischer Erfolge in Frage zu stehen. In den Senatswahlen 2018 sind die Hürden der Demokraten für einen Mehrheitswechsel jedoch unverändert hoch, weil 26 der 34 Senatssitze von Demokraten verteidigt werden und nur 8 von Republikanern.

Selbst nach dem unverhofften Sieg in Alabama, der die republikanische Senatsmehrheit auf 51 gegen 49 Stimmen verringert hat, müssen die Demokraten noch zwei Sitze hinzugewinnen, um die Mehrheit zu stellen.

**Congress Report, ISSN 0935-7246**

**Redaktion**

Dr. Söhnke Schreyer

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

**Herausgeber**

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

**Politikwissenschaft II**

Technische Universität Kaiserslautern

Postfach 3049

67653 Kaiserslautern

[www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/  
publikation/congress-report](http://www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/publikation/congress-report)